



Nr. 2/2015, 08. Januar 2015

Vermeidbares Ärgernis?

❖ Aufreger Urlaubssperre

Die Polizei ist nicht mehr in der Lage, im normalen Dienst ihre Einsatzstärke zu halten. Jetzt wurde dem Hauptpersonalrat der Antrag auf eine 90 %-ige Urlaubssperre vorgelegt. Grund: Der G 7 – Gipfel in Bayern.

Wie vorgeschrieben haben sich die Polizei-Behörden und –Einrichtungen zum Jahresende 2014 mit der Urlaubsvorplanung für 2015 befasst. Die Pläne wurden den Personalräten zur Zustimmung vorgelegt und beschlossen. Anfang Januar nun der Knall: Für den Zeitraum vom 25. Mai bis 12. Juni verhängt das Innenministerium eine Urlaubssperre. Nur noch 10 % der Beschäftigten dürfen in dieser Zeit in Urlaub gehen.

Ernst Scharbach hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne beim Leiter der Polizeiabteilung Joachim Laux und beim Inspekteur der Polizei Werner Blatt interveniert und Beschwerde geführt, dass die Pläne nun Makulatur sind.

Laux und Blatt äußerten ihr Verständnis für den Unmut. Zwar sei der G 7 – Gipfel seit langem bekannt, die Anforderung von Einsatzkräften aus Bayern sei aber erst kurzfristig eingegangen. Man habe die Informationen so rasch als möglich weiter gegeben. Die Kollegen aus Bayern hätten betont, dass auch die Anforderung noch weiterer Kräfte möglich sei. Außerdem fänden in RLP ebenfalls Großeinsätze statt, so etwa die Musikveranstaltungen in Mendig und auf dem Nürburgring. Auch der Fußball spielt bei den Einsatzplanungen eine Rolle und fordert Kräfte. 'Nebenbei' muss auch noch der normale Polizeidienst bewältigt werden. Die Urlaubssperre sei leider unumgänglich zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes. Man sei sich auch der Pflicht zur Kostenerstattung bei bereits gebuchtem Urlaub bewusst. Kollege Werner Blatt hebt hervor, dass man sich um die Vermeidung individueller Härten bemühen werde.

Bernd Becker: „Es wird immer wieder deutlich, dass der Personalabbau bei der Polizei in den Bundesländern ein gravierender Fehler war, der sich in den kommenden Jahren bitter rächen wird. Terrorismus, Massenaufmärsche von Gewalttätern, Organisierte Kriminalität, Wohnungseinbrüche und Cyber-Crime bedrohen die Innere Sicherheit. Die Schuldenbremse darf nicht wichtiger werden, als die Schutzpflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern und ein verfassungsgemäßes Maß an Daseinsvorsorge!“